

Dr. Joachim Gruber
Marihner Weg 2, 17219 Ankershagen

An
Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin

Ankershagen, den 12.5.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
ich bitte Sie, von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und umgehend zu erklären,

- dass Sie den Frieden mit Russland und anderen Ländern erhalten werden,
- dass es keine Beteiligung deutscher Soldaten im Ukraine Krieg unter Ihrer Regierung geben wird,
- dass Sie den Alleingang von Frankreich (Bodentruppen) auf Schärfste kritisieren, der alle Nato-Partner gefährdet,
- dass es keine Lieferungen von Tauruswaffen in die Ukraine oder deren Bündnispartner und keine Nutzung deutscher Tauruswaffen durch Andere in diesem Konflikt geben wird,
- dass es keine Angriffe auf Ziele auf der Krim oder andere von Russland als russisch deklarierter Staatsgebiete mit deutscher Beteiligung geben wird,
- dass Sie sich umgehend für eine Intensivierung der Friedensverhandlungen mit Russland zusammen mit afrikanischen und arabischen Ländern und den Brix-Staaten einsetzen werden; denn Amerika und Frankreich haben erkennbar keine ausreichende Neutralität in diesem Konflikt.

Es sind bereits die ersten 100 französischen Fremdenlegionäre im Donbas im Krieg, und diese sollen auf 1500 Soldaten aufgestockt werden.

https://weapons.substack.com/p/france-sends-troops-to-ukraine?utm_source=profile&utm_medium=reader2

Ich bin in großer Sorge, dass der Nato-Bündnisfall ausgerufen wird, sobald in Frankreich Gegenschläge der Russen erfolgen, d.h. der 3. Weltkrieg würde beginnen.

Ich bin zudem besorgt, dass Deutschland ebenfalls Angriffe gegen die Krim oder Russland durchführen könnte, wie in dem vom Kreml abgehörten Gespräch zwischen hochrangigen deutschen Generälen deutlich wurde. Der Generalbundesanwalt, der mehrere Strafanzeigen gegen diese Generäle abwies, beschied, dass diese Planung deutscher Generäle kein direkter Angriff auf Russland sei, sondern unter das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine falle, der wir zur Hilfe kommen könnten, ohne dass damit unsere Verfassung gebrochen würde.

<https://www.alexander-wallasch.de/gesellschaft/generalbundesanwalt-legitimiert-deutschen-truppeneinsatz-auf-der-krim>

Dessen Auffassung ist nicht im Einklang mit Resolution 3314 (XXIX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1974

https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_1975/Heft_4_1975/06_b_Doks_VN_VN_4-75.pdf

und missachtet die Interessen der deutschen Bevölkerung am Frieden, die ich Sie als Politiker bitte, eindeutig zu vertreten: Diese einseitige, Ukraine-freundliche Sichtweise des Generalbundestaatsanwaltes lässt einige wichtige Faktoren außer Acht, z.B.

- die historischen Entwicklungen vor 1991 und seit 2014,
- die Aufrüstung der Ukraine,
- die politische und geostrategische Gesamtsituation mit der Osterweiterung der NATO, mit der wir als NATO vertragsbrüchig wurden und
- die russische Empfindung der Bedrohung dadurch sowie
- Bedrohung durch die amerikanischen Gain-of-Function-Labore (Biowaffenforschung) an der Grenze der Ukraine zu Russland.

Durch diese einseitige Betrachtungsweise und die kriegstreibenden Planungen deutscher Generäle wird leichtfertig mit einer Kriegsbeteiligung Deutschlands gespielt, die nicht im Interesse der deutschen Bevölkerung liegt, welche Ihr Souverän ist und deren Interessen Sie vertreten müssen.

Ungeachtet aller Diskussionen über das Verhalten Russlands will ich mich für den Frieden einsetzen. Dieser wird nie durch neue Kampfhandlungen und noch mehr Waffen oder sogar Angriffe auf russische Infrastruktur durch Planungen deutscher Generäle erzeugt.

Deutschland darf nicht in einen angeblich gerechten (Verteidigungs-)Krieg hineingezogen werden. Diese Kriegstreiberei in der EU-Kommission sowie in Teilen der deutschen Regierungsparteien muss sofort gestoppt werden, indem Sie Ihre Richtlinienkompetenz als Kanzler nutzen und sich auf diplomatischem Weg für den Frieden einsetzen und Deutschland aus jedweden kriegerischen Handlungen heraushalten, insbesondere auch aus denen, die von Russland als Angriff auf russisches Staatsgebiet angesehen werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen
(Dr. Joachim Gruber)

Version: 12.5.2024
Adresse dieser Seite
Home
Joachim Gruber